

FRANZA DRECHSEL UND IVO MARIA DE LONET DELGADO JÖRGENS

## «BEFREIT EURE EIERSTÖCKE!»<sup>1</sup>

ZUR VERSCHRÄNKUNG VON AUTORITARISMUS UND ANTIFEMINISMUS  
IN TANSANIA

Nicht nur in Brasilien, den USA und Deutschland, sondern auch in Tansania werden antifeministische Positionen und Politiken zunehmend einflussreicher. In seinem autoritären Populismus greift Präsident John Magufuli antifeministische Diskurse auf, um sowohl nationalistische Interessen durchzusetzen als auch Kritik am Neokolonialismus zu üben. Es geht ihm um die nationale wirtschaftliche Entwicklung, klare gesellschaftliche Ordnung und um mehr nationale Souveränität, die er unter anderem mit dem Mittel der Bevölkerungspolitik, konservativen gesellschaftlichen Rollen und Homofeindlichkeit auf Kosten von Frauen und LGBTIQ\* zu erreichen versucht.

Weltweit ist der Autoritarismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen auf dem Vormarsch: Regierungschef\*innen, mehrheitlich Männer, versprechen einen Ausweg aus einer festgefahrenen politischen Situation und setzen sich dabei über gewachsene Institutionen hinweg – ohne Rücksicht auf Unterdrückte, Oppositionelle oder demokratische Grundrechte. In vielen Kontexten ist «Anti-Genderismus» zentraler Bestandteil ihrer autoritären Diskurse. Es werden klare Geschlechternormen, darunter Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität, postuliert. Antifeminismus bietet einen Rahmen, in dem die gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen eines erzkonservativen, häufig rechtsnationalen Autoritarismus vermittelt werden können. Unter Antifeminismus verstehen wir eine Haltung, die sich sowohl gegen Feminismen als auch gegen Frauenrechte und Gleichstellungspolitik richtet und damit Homo- und Trans\*feindlichkeit impliziert. Donald Trump oder Jair Bolsonaro stehen beispielhaft für eine solche Politik. Doch auch Bewegungen und Parteien wie die deutsche AfD oder religiöse Fundamentalist\*innen fallen mit ihren antifeministischen Äußerungen auf, verschieben so das Sagbare und bereiten den Boden für frauenfeindliche Gesetze. In Tansania ist der antifeministische Diskurs weniger als solcher erkennbar, wird aber dennoch offen geführt. Er ist wie andernorts Bestandteil nationalistischer Diskurse, die aufgrund der spezifischen postkolonialen Geschichte aber nicht ethnisch oder rassistisch, sondern vor allem ökonomisch-national und antiimperialistisch aufgeladen sind.

### AUTORITARISMUS À LA MAGUFULI

Seit der Unabhängigkeit 1961 wird Tansania von der Chama cha Mapinduzi (CCM) bzw. ihrer Vorgängerin, beide lange Einheitsparteien des einst sozialistischen Staates, regiert.

In den letzten Jahren gewannen Oppositionsparteien jedoch zunehmend an Zustimmung, sodass die Vorherrschaft der CCM nicht mehr als uneingeschränkt gesichert gilt. Dennoch entschied John Magufuli die Präsidentschaftswahl 2015 für sich. Er verstand es, nicht die Partei, sondern sich als Person ins Zentrum des Wahlkampfes zu stellen und sich als volksnah und «Anpacker» zu inszenieren, der sich nicht zu schade ist, eigenhändig die Straßen von Daressalam zu fegen. Gerade dieses Auftreten verschaffte ihm zu Beginn seiner Amtszeit die Zustimmung weiterer Teile der Bevölkerung – über seine ursprünglichen Wählergruppen hinaus. Seit seiner Zeit als Minister für Öffentliche Arbeiten wird Magufuli «Bulldozer» genannt, was seine Durchsetzungskraft unterstreicht. Seine Beliebtheit ist nach wie vor groß, auch wenn sie in letzter Zeit eine wenig abgenommen hat.

Zugleich geht Magufuli immer entschiedener gegen die Meinungs- und Pressefreiheit vor und schränkt Parteien in ihren Handlungsspielräumen ein. Seit dem 2018 geänderten Statistikgesetz von 2015 ist die Weitergabe oder Verbreitung von Statistiken, die amtlichen Daten widersprechen, verboten.<sup>2</sup> Das Cybercrime-Gesetz untersagt die Veröffentlichung von offiziellen Dokumenten ohne Erlaubnis der Regierung und stellt die Verbreitung von (vermeintlichen) Falschaussagen unter Strafe.<sup>3</sup> Das 2016 in Kraft getretene Mediengesetz führte eine Akkreditierungspflicht für Journalist\*innen sowie eine Pflicht für Printmedien ein, jedes Jahr eine Lizenz einzuholen, sodass mehrere Zeitungen und Radiosender schließen mussten. Einzelne kritische Journalist\*innen verschwinden; auch Gewalt und Drohungen gegen Medienschaffende sind dokumentiert.<sup>4</sup>

Des Weiteren kann die Regierung mit dem 2019 eingeführten Parteiengesetz Parteimitglieder ausschließen und Parteien

einfacher verbieten.<sup>5</sup> Die Opposition ist nicht zuletzt aufgrund von Restriktionen für öffentliche Auftritte von Abgeordneten de facto handlungsunfähig. Darüber hinaus wird wichtige Parteiarbeit gelähmt, weil Politiker\*innen inhaftiert sind, ihnen Gerichtsverfahren anhängen oder Inhaftierungen drohen.

Dennoch erfährt Magufuli von Tansanier\*innen viel Unterstützung.<sup>6</sup> Dies hängt neben seinem Bezug auf Tansanias ersten und weiterhin hoch angesehenen Präsidenten Julius Nyerere und seiner Inszenierung als Mann der Taten auch damit zusammen, dass er vier miteinander verbundene Diskurse bedient: (1) Mit seinem Antiestablishment-Diskurs wendet er sich gegen die bestehenden Eliten, zum Beispiel in seinem Kampf gegen Korruption. (2) Er nutzt einen antineoliberalen Diskurs, um nationale Souveränität zu stärken, beispielsweise im Kampf gegen multinationale Unternehmen im Bergbausektor. (3) Analog zum Antineoliberalismus verweist er auf Antiimperialismus, um nationale Souveränität gegenüber ausländischer Einflussnahme zu etablieren. (4) Durch Antifeminismus will er eine konservativ geprägte gesellschaftliche Ordnung bewahren. Magufulis Bezugnahme auf den Nationalismus ist die Klammer, die all diese Antidiskurse zusammenhält. Gerade aufgrund seiner öffentlichkeitswirksamen Auftritte ist Magufulis Regierungsstil dem autoritären Populismus zuzuordnen. Dieser ist unter anderem durch eine neue Kapitalfraktion charakterisiert, die an der Macht ist (weshalb ein Großteil der alten klassischen Elite Tansanias Magufuli kritisch gegenübersteht), und durch eine permanente populistische Mobilisierung der Bevölkerung.<sup>7</sup>

### **ANTIFEMINISMUS ALS BESTANDTEIL DES NATIONALISTISCHEN ÖKONOMIEDISKURSES**

Mit seinem Kampf gegen Korruption und für höhere Staatseinnahmen, etwa durch Besteuerung ausländischer Unternehmen, steht Magufuli wie wenige andere afrikanische Staatsoberhäupter für eine klar nationalistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik. In einem von postkolonialen, neoliberalen Wirtschaftsstrukturen geprägten Kontext wirkt seine Haltung, nationalstaatliche Strukturen und damit ökonomische Regulierungen zum Wohle der Bevölkerung zu stärken, fast schon revolutionär. Doch abgesehen von der Frage nach den tatsächlichen positiven Effekten sticht vor allem seine nationalistische Rhetorik hervor.<sup>8</sup>

Seinen Diskurs, den man durchaus mit «Make Tanzania Great» betiteln kann, verknüpft Magufuli auch mit Antifeminismus: Im Juli 2019 rief der Präsident tansanische Frauen dazu auf, ihre Eierstöcke zu befreien («set your ovaries free») und mehr Kinder zu bekommen, um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln.<sup>9</sup> Mit Verweis auf die große Bevölkerungsdichte als Grund für die wirtschaftliche Stärke Chinas und Nigerias forderte er von Frauen höhere Reproduktionsraten zum Wohle der Gesellschaft – tatsächlich zählt die aktuelle Geburtenrate von rund fünf Kindern pro Frau bereits zu den höchsten weltweit.<sup>10</sup> Auch wenn in der tansanischen Gesellschaft die Verbindung von Frau- und Muttersein sehr stark ist und von einem Großteil von Frauen positiv gesehen wird, naturalisiert und degradiert Magufuli den Körper von Frauen als Gebärmaschinen und weist ihnen patriarchal ihre gesellschaftliche Rolle als reine Reproduktionskraft zu: die nationale Bevölkerung zu stärken, um die nationale Wirtschaft voranzubringen.

Damit das allerdings nicht auf Kosten der Bildung geschieht – ein weiteres Kernanliegen Magufulis im Kontext der ökonomischen Entwicklung –,<sup>11</sup> geht er rigoros gegen

schwängere Schülerinnen vor. Er versteht es als «untansanisch», als «das Ende unserer Kultur», wenn Teenagerinnen Kinder bekommen. Der Ausschluss von Schwangeren und jungen Müttern von der Schule soll andere vor Schwangerschaften abschrecken. Seit Magufulis Präsidentschaft kam es jährlich zu rund 8.000 Schulausschlüssen sowie erstmals zu Verhaftungen schwangerer Schülerinnen und ihrer Eltern.<sup>12</sup> Grundlage ist das Bildungsgesetz aus den 1960er Jahren, 2002 überarbeitet, das es erlaubt, Schüler\*innen vom Schulunterricht auszuschließen, die heiraten oder «unmoralisch» handeln. In der Praxis richtet sich das Gesetz vor allem gegen schwängere Schülerinnen. Unter der Regierung des vorigen Präsidenten Jakaya Kikwete hatte es währenddessen noch Überlegungen zur Gesetzesänderung sowie zur Wiedereingliederung von Schülerinnen nach einer Schwangerschaft gegeben.

Dass die drakonischen Strafen die Zahl der Schwangerschaften unter Teenagerinnen reduzieren, ist zu bezweifeln. In den Jahren 2015/16 lag der Anteil schwangerer Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren in sechs von 31 tansanischen Provinzen zwischen 35 und 45 Prozent.<sup>13</sup> Gründe dafür liegen in der verbreiteten Praxis von Ehen minderjähriger Mädchen, hohen Vergewaltigungsraten, fehlendem Sexualkundeunterricht, schwerem Zugang zu Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln sowie restriktiven Schwangerschaftsabbruch-Gesetzen.<sup>14</sup>

In einem gesellschaftlichen Klima der Tabuisierung von Sexualität und sexualisierter Gewalt trifft Magufulis Politik die Falschen. Denn trotz Gleichstellungsgebot in der Verfassung wird geschlechtsspezifische Gewalt totgeschwiegen und nur in den seltensten Fällen strafrechtlich verfolgt. Gleichzeitig werden verurteilte Täter – wie 2017 geschehen – durch den Präsidenten begnadigt.<sup>15</sup>

Magufuli geriert sich als Repräsentant der Vergessenen, der von den Eliten Ausgebeuteten. Doch insbesondere von Armut betroffene Teenagerinnen und ihre Familien leiden unter den Strafen. Denn wer genügend Geld zur Verfügung hat, kann im Ausland Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen, eine Privatschule und Kinderbetreuung finanzieren, sodass die Töchter nach der Entbindung die Schulbildung wieder aufnehmen können. Familien, die sich dies nicht leisten können, drängen ihre schwangeren Töchter eher zu einer frühen Eheschließung. Gleichzeitig ist Armut auch ein Grund dafür, warum sich viele minderjährige Frauen selbst dafür entscheiden, früh zu heiraten: Sie wollen ihre Familien entlasten und einen gewissen sozialen Status erlangen.<sup>16</sup> Wenn Magufuli von Armut Betroffene stärken und die Schulbildung von Mädchen fördern wollte, wären neben gesellschaftlicher und gerichtlicher Ächtung von sexualisierter Gewalt zum Beispiel Subventionen für Menstruationshygieneartikel zielführender, denn regelmäßig gehen Mädchen während ihrer Periode nicht in die Schule. Statt hier den Zugang zu erleichtern, wurden im Juni 2019 erneut Steuern auf Artikel wie Binden und Tampons eingeführt.<sup>17</sup>

So unterschiedlich die Beispiele sein mögen, zeigen sie doch, dass Magufuli über die gesellschaftliche Funktion der Frauen und Mädchen entscheiden will. Während Mädchen zum Nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung zur Schule gehen sollen, sollen Frauen zum Wohlergehen der Nation Mütter werden. Was Mädchen und Frauen selbst wollen, spielt keine Rolle. Trotz rechtlich garantierter Frauenquoten im Parlament und des Engagements feministischer NGOs und Einzelpersonen werden ihre Stimmen nicht gehört.

## **ANTIFEMINISMUS ALS BESTANDTEIL DES ANTIIMPERIALISMUS-DISKURSES**

Parallel zu der Aufforderung, Kinder zu gebären, wetterte der Präsident weiter gegen jede Form von Familienplanung: Sie nutze allein diejenigen, die zu «faul» seien, hart genug zu arbeiten, um ihre Kinder zu ernähren.<sup>18</sup> Schon zuvor war Magufuli mit seinen Angriffen auf das von ihm als «westlich» beschimpfte Konzept der Familienplanung und seinem Verbot von Werbung dafür aufgefallen.<sup>19</sup> Hier spiegelt sich sein christlich-religiös geprägtes Bild der Frau als Mutter wider, das zu Teilen auch aus dem tansanischen Kontext heraus verstanden werden muss. Für Magufuli steht Familienplanung nicht für die Freiheit zu entscheiden, ob und wenn ja, wie viele Kinder jemand bekommen möchte (und was die Eltern über das Elternsein hinaus noch tun wollen), sondern für Individualismus und Egozentrismus. Damit ist für ihn Familienplanung «untansanisch» und also von außen, dem ehemaligen Imperium, aufoktroziert. Das zeigt sehr gut, wie Magufuli Antifeminismus als Baustein seines antiimperialistischen, nationalistischen Diskurses nutzt und sich als Durchsetzer von nationaler Souveränität inszeniert. Außer Acht bleibt dabei die Frage, inwiefern sich eine von Armut betroffene Frau aufgrund des erschwerten Zugangs zu Verhütungsmitteln, Schwangerschaftsabbrüchen und sexueller Aufklärung bei gleichzeitig tabuisierter sexualisierter Gewalt überhaupt «freiwillig» für eine Schwangerschaft entscheiden kann.

Magufulis Äußerungen knüpfen an eine generelle Kritik an einer Übermacht des Westens an, die in der Bevölkerung weit verbreitet ist und auch von links geteilt wird. Deshalb ist eine Differenzierung wichtig, eine pauschale Kritik gefährlich. So sollte beispielsweise Familienplanung als Teil von Bevölkerungspolitik im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) durchaus kritisch begegnet werden. Der Analyse von Danielzik/Bendix (2016) zufolge würden in deutschen Entwicklungsorganisationen hohe Geburtenraten mit einer «Rückständigkeit» der Frauen erklärt.<sup>20</sup> Mit ihren Maßnahmen versuche die deutsche EZ, Familienplanung in Tansania zu stärken: Wenn Frauen gebildeter seien, wünschten sie sich weniger Kinder, eine niedrige Geburtenrate sei eine Voraussetzung für den Eintritt in die «Moderne». Auch wenn häufig humanistische Gründe angeführt würden, verfolge die deutsche EZ mit ihren reproduktiven Gesundheits- und Bevölkerungsprojekten das Ziel, eine Form von Ordnung und nicht zuletzt Stabilität herzustellen, die auch ausländischen Investitionsinteressen zugutekomme. Erschreckend ist, dass schon zu Zeiten der deutschen Kolonisierung des heutigen Tansania ökonomische Interessen bei der Bevölkerungspolitik eine zentrale Rolle gespielt haben. Damals sollte die Geburtenrate erhöht werden; die Kolonisierten wurden als Arbeitskräfte gesehen, von denen mehr gebraucht wurden.<sup>21</sup>

Magufulis Skepsis gegenüber EZ-finanzierter Familienplanung ist von daher verständlich. Doch dürfen antiimperialistische Diskurse nicht dem autoritären Antifeminismus dienen. Schließlich agieren beide – sowohl die deutsche EZ als auch Magufuli – im Namen von «Entwicklung» paternalistisch über die Köpfe der eigentlichen Subjekte, der Frauen, hinweg. Während die einen sie zu weniger Kindern bewegen wollen, will der andere, dass sie mehr Kinder gebären. Die Stimme der Frauen selbst geht dabei unter.

Eine ähnlich antiimperialistische Rhetorik legt Magufuli an den Tag, wenn es um HIV/AIDS geht. Analog zu Akteuren in anderen afrikanischen Ländern behauptet auch er, Homose-

xualität sei «untansanisch» und folglich «westlich». So nutze der Westen Entwicklungsgelder, die in HIV/AIDS-Organisationen fließen, um Homosexualität zu verbreiten. Um nationale Souveränität zu beweisen, lässt Magufuli Beratungszentren schließen und verbietet Gleitgel.<sup>22</sup> In vielen Ländern setzen sich Organisationen für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen sowie Queers\* (LGBTIQ\*) tatsächlich unter dem Deckmantel der HIV/AIDS-Aufklärung ein – entgegen Magufulis Äußerungen machen sie aber keine Werbung für Homosexualität, sondern unterstützen Menschen, die von Homo- und Trans\*feindlichkeit betroffen und/oder auf einen erleichterten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten angewiesen sind.

Magufuli macht sich also den homofeindlichen, antifeministischen Diskurs zu eigen, um seine Vorstellung von nationaler Souveränität zu propagieren und zu demonstrieren. Auch wenn die Einflussnahme des Westens, etwa mittels EZ-Projekten, kritisch betrachtet werden muss, trägt Magufuli seinen Widerstand gegen einen teils tatsächlichen, teils imaginierten Imperialismus auf dem Rücken von Marginalisierten aus und stärkt patriarchale Strukturen.

## **ANTIFEMINISMUS ZUR BEWAHRUNG NATIONALER GESELLSCHAFTLICHER ORDNUNG**

Die Schließung von Beratungszentren für Familienplanung oder für Betroffene von HIV/AIDS sind ebenso wie das Verbieten von Gleitgel Maßnahmen, um die gesellschaftliche Rolle der Frau als Reproduktionskraft festzuschreiben. Denn Antifeminismus dient allgemein dazu, eine vermeintlich klare, nationale Gesellschaftsordnung herzustellen. Das lässt sich besonders gut an der Homofeindlichkeit darstellen: Magufuli droht LGBTIQ\* in Tansania mit Festnahmen und Deportationen. Nachdem der Gouverneur von Daressalam und enger Vertrauter von Magufuli, Paul Makonda, 2018 dazu aufrief, ihm Homosexuelle zu melden und einige (vor allem Männer) daraufhin öffentlich und namentlich geoutet wurden, verließen viele LGBTIQ\* das Land oder tauchten unter.<sup>23</sup> Diskriminierung von LGBTIQ\* wird auch durch Polizeirazzien gegen Queers\* und homofeindliche evangelikale Predigten befördert und legitimiert. Pfingstgemeinden spielen, wie in anderen Ländern, auch in Tansania eine tragende Rolle bei der Verbreitung von homofeindlichen Diskursen.<sup>24</sup> Magufuli ist also nicht allein verantwortlich für die gesellschaftliche Homofeindlichkeit, allerdings fördert er sie, denn tatsächlich hofft er, durch seine Äußerungen und Taten Anklang bzw. Wählerstimmen in evangelikalen Gemeinden zu finden.<sup>25</sup>

Es gibt ein paar wenige Analysen, die sich mit der Frage beschäftigen, warum Homofeindlichkeit in Tansania überhaupt so verbreitet ist. Für Uganda, das durch die verschärfte Verschärfung des Verbots von gleichgeschlechtlichem Sex international in den Fokus geriet, sehen Sadgrove u. a. eine enge Verbindung zwischen dem ökonomischen Wandel durch eine kapitalistische Wirtschaftsweise und dem von Präsident Yoweri Museveni anvisierten Nationalismus.<sup>26</sup> Die Veränderungen, die eine zunehmende kapitalistische Durchdringung der Gesellschaft mit sich bringt, betreffen auch die Rolle der Familie – nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht. Die Bezugnahme auf «afrikanische Traditionen», zu denen Homosexualität vermeintlicherweise nicht gehört, spielt auf ein Gefühl der gesellschaftlichen Ordnung und Sicherheit an, die durch die kapitalistische Produktionsweise erodierten. So werde in Uganda Homosexualität als Bedrohung «für die existierenden Strukturen materiellen Tauschs (Famili-

ennetzwerke, Heirat und die Produktion von Nachkommen)» gesehen.<sup>27</sup> Das lässt sich sicherlich in ähnlicher Weise auch auf Tansania übertragen: LGBTIQ\* werden häufig mit allem Schlechten einer kapitalistischen Gesellschaft in Verbindung gebracht.

Die Konstruktion der Bedrohung der sozialen Ordnung durch Abweichungen oder vermeintliche «Anomalien» wie Homosexualität ist jedoch kein rein afrikanisches Phänomen. Auch Parteien wie die AfD in Deutschland oder der rechtsextreme brasilianische Präsident Jair Bolsonaro nutzen diese Diskurse. So wird einmal mehr deutlich, dass Homofeindlichkeit als Teil von Antifeminismus verstanden werden muss: Nicht nur Homosexualität, sondern progressive Geschlechterpolitik generell gilt rechtspopulistischen und extrem rechten Gruppen als Symbol für alles, was gegenwärtig schiefläuft und zu Unsicherheit und Ungerechtigkeit führt. Im Gegenzug wird die heterosexuelle Familie gegenüber der (durch den Kapitalismus begünstigten) Individualisierung und Vereinzelung als sicher dargestellt.<sup>28</sup> Wie im Zusammenhang mit Familienplanung erwähnt, zählen dazu auch eine bestimmte gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der Frauen die Reproduktionsarbeit zugewiesen wird.<sup>29</sup> Letzteres wird auch durch Makondas jüngsten Vorschlag gefördert, wonach öffentliche Institutionen 40 Prozent der Gehälter ihrer männlichen Angestellten an ihre im Haushalt arbeitenden Ehefrauen überweisen sollen.<sup>30</sup> Bestandteil der Ideologie ist zugleich, dass häusliche und sexualisierte Gewalt tabuisiert werden. Auf diese Weise versuchen Antifeminist\*innen, darunter auch Magufuli, die nationale gesellschaftliche Ordnung zu «bewahren». Sie schreiben ihr eine Sicherheit zu, die durch die Individualisierung im Kapitalismus zunehmend verschwinde – und zwar in Tansania ebenso wie im globalen Norden.

### **WIDERSTAND TROTZ ALLEDEM**

Die zunehmend autoritären Strukturen in Tansania erschweren den Widerstand vor Ort. Anders als in den USA oder Brasilien kommt es in Tansania unter anderem deshalb nicht zu Großdemonstrationen gegen Magufulis Antifeminismus. Dennoch setzen sich Frauen zur Wehr. Besonders viel Aufmerksamkeit erregte im Oktober 2019 ein Urteil des Tansanischen Berufungsgerichts: Die Msichana Initiative hatte den tansanischen Staat verklagt und argumentiert, dass das Mindestheiratssalter für Mädchen von 14 Jahren nicht verfassungskonform sei. Dem hatte der Tansanische Oberste Gerichtshof bereits 2016 zugestimmt. Nun bestätigte das Berufungsgericht die Entscheidung: Die Regierung muss in-

nerhalb eines Jahres ein Gesetz vorlegen, das das Alter auf 18 Jahre anhebt.<sup>31</sup> Angesichts der Gründe für Teenagerinenschwangerschaften ist dieser Gerichtsprozess ein großer Schritt, selbst wenn damit weder die Implementierung noch die Durchsetzung des Rechts gewährleistet sind.

Rebeca Giyumi, Gründerin der Msichana Initiative, ist auch auf Twitter sehr aktiv, wo neben ihr auch andere Frauen für ihre Rechte eintreten, wie zum Beispiel Fatma Karume, Ex-Präsidentin der Tanganyika Law Society und Anwältin, die das Verfahren zur Kinderehe gewann. Hashtag-Kampagnen begleiteten Magufulis Entscheidung, jungen Müttern die Teilnahme am Schulunterricht zu verwehren.

Ein weiteres wichtiges Format für Protest ist Musik. So wagen sich zunehmend Mädchen und Frauen in die Rap-Szene. Ikonen wie Vanessa Mdee, die als Beyoncé Afrikas bezeichnet wird und eine der wenigen Frauen aus dem Bongo Flava-Genre ist, oder Lady JayDee prägen ganze Generationen mit ihrem selbstbewussten Auftreten und Ansprechen von Sexismen in ihren Liedern. Doch die Beispiele für Widerstand sind auch in anderen Bereichen vielfältig; dazu zählen der Widerspruch bei Nichtbeachtung von Sexismus an Universitäten oder auch Kunst rund um das Tabuthema Menstruation. Die feministische Bewegung in Tansania ist zwar weniger sichtbar als andernorts, aber sie existiert.

Dennoch haben es Feminist\*innen in Tansania nicht leicht, denn Magufuli ist unter vielen Tansanier\*innen sehr beliebt, die seine harte Art, durchzugreifen und auch internationalen Unternehmen die Stirn zu bieten, befürworten. Das macht Kritik, ob aus dem In- oder Ausland, nicht einfacher. So stilisieren auch jetzt noch manche Deutsche Magufuli als Mann der Taten, der im Chaos, das durch die jahrelange Korruption entstanden sei, einiges zu richten habe und den man deshalb nicht zu sehr kritisieren solle.<sup>32</sup> Doch auch wenn Magufuli nicht allein für den Autoritarismus in Tansania verantwortlich gemacht werden kann, gilt es, nicht nur den Autoritarismus bloßzustellen, sondern auch den damit verbundenen Antifeminismus zu verurteilen. Die Solidarität muss den Marginalisierten der autoritären, antifeministischen Politik Magufulis gelten.

Franza Drechsel ist Referentin und Projektmanagerin für Westafrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Einen Teil ihres Studiums verbrachte sie in Daressalam in Tansania.

Ivo Maria de Lonet Delgado Jörgens ist Student der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo er sich vorwiegend mit postkolonialen Themen beschäftigt. 2019 machte er ein Praktikum im Afrika-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Im Juli 2019 rief Präsident John Magufuli tansanische Frauen dazu auf, ihre Eierstöcke zu befreien («set your ovaries free») und mehr Kinder zu bekommen. Vgl. u. a. CGTN Africa: Magufuli to Women: «Set Your Ovaries Free» to Boost Economy, 10.7.2019, unter: <https://tinyurl.com/w67gots>. 2 Eyakuze, Aidan: Tanzania Is to Outlaw Fact Checking. Here's Why That's a Problem, in: From Poverty to Power, Oxfamblogs, 6.9.2018, unter: <https://tinyurl.com/seqgghp>. 3 Macha, Ndesanjo: Tanzania's Cybercrime Act Makes It Difficult to «Insult» the President on Facebook, advox, 18.4.2016, unter: <https://tinyurl.com/s8pz-djv>. 4 Pekkonen, Sanna/Sanomat, Helsingin: Tanzania Press Freedom Plunges into Unprecedented Crisis. Amid Newspaper Bans and ever more Restrictive Laws, Journalists Turn to Self-Censorship, International Press Institute, 14.8.2018, unter: <https://tinyurl.com/smw5rsx>. 5 Amnesty International: Tanzania. Climate of Fear, Censorship as Repression Mounts, amnesty.org, 28.10.2019, unter: <https://tinyurl.com/ru2k4k7>. 6 Krippahl, Cristina: One Year to Go for Tanzania's President Magufuli and the Reviews Are Mixed, Deutsche Welle, 4.11.2019, unter: <https://tinyurl.com/sovqoy8>. 7 Schaffar, Wolfram: Globalisierung des Autoritarismus. Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 6/2019, Berlin. 8 Norbrook, Nicholas: Gangnam Style. Is Magufuli's Economic Nationalism Working?, The Africa Report, 9.5.2019, unter: <https://tinyurl.com/tjft5hs>. 9 CGTN Africa: Magufuli to Women: «Set Your Ovaries Free» to Boost Economy, 10.7.2019, unter: <https://tinyurl.com/w67gots>. 10 UN Population Fund: World Population Dashboard, 2019, unter: <https://tinyurl.com/t3tgts8>. 11 Xinhua: Tanzanian President Conferred with Honorary Doctorate Degree over Outstanding Leadership, 21.11.2019, unter: <https://tinyurl.com/u65wze5>; Baylis, Brennan: President Magufuli, Punish the Perpetrators, Not the Victims, New African, 8.8.2017, unter: <https://tinyurl.com/yx8s8udu>. 12 Staude, Linda: Schwanger? Raus aus der Schule! Vom rabiatischen Umgang mit tansanischen Teenagern, SWR2, 28.7.2019, unter: <https://tinyurl.com/vvemt86>. Als Reaktion setzte die Weltbank 2018 und erneut im Januar 2020 Kredite aus, siehe: McVeigh, Karen: «I Have no Regrets.» Tanzanian Politician Branded Traitor over World Bank Loan, in: The Guardian, 4.2.2020, unter: <https://tinyurl.com/vkqxe2y>. 13 UNFPA Tanzania: Fact Sheet. Teenage Pregnancy, o. J., unter: <https://tinyurl.com/vo8dkmo>. 14 Gregory, Salome: Unsafe Abortion. The Silent Killer of Young Women, The Citizen, 17.6.2019, unter: <https://tinyurl.com/u2mamox>. 15 The Guardian Reporter: Tamwa Proposes Creation of Special Courts to Handle GBV Cases in Isles, ippMedia, 1.12.2019, unter: [ny3r; McVeigh, Karen: Tanzania Pardons Two Child Rapists and Calls for Arrest of Pregnant School Girls, in: The Guardian, 13.12.2017, unter: <https://tinyurl.com/y9n6vfb8>. 16 Schaffnit, Susan B. u. a.: «Child marriage» in context. Exploring Local Attitudes Towards Early Marriage in Rural Tanzania. National Survey on the Drivers and Consequences of Child Marriage in Tanzania, 2017. 17 AFP: Anger over Re-Introduction of Tampon Tax in Tanzania, France24, 23.6.2019, unter: <https://tinyurl.com/qn842tz>. 18 The Citizen: Magufuli Advises Against Birth Control, 10.9.2018, unter: <https://tinyurl.com/vq4omnc>. 19 Ng'wanakilala, Fumbuka: President Urges Tanzania's Women to «Set Ovaries Free», Have More Babies to Boost Economy, Reuters, 10.7.2019, unter: <https://tinyurl.com/y2rgm52f>. 20 Danielzik, Chandra-Milena/Bendix, Daniel: Mit dem postkolonialen Pflug über entwicklungspolitische Felder. Die Beispiele Tourismus- und reproduktive Gesundheitspolitik, in: Ziai, Aram \(Hrsg.\): Postkoloniale Politikwissenschaft, Bielefeld 2016, S. 273–292. 21 Ebd. 22 Fallon, Amy: People With HIV Are Panicking Due To Tanzania's Crackdown On Gays, National Public Radio, 15.3.2017, unter: <https://tinyurl.com/y97wxzwu>. 23 Kirby, Jen: Tanzania's Anti-Gay Crackdown is Sending People into Hiding, vox, 9.11.2018, unter: <https://tinyurl.com/yad53m6w>. 24 Engler, Yves: The Canadian Missionary Connection to Tanzania's Homophobia, Blogbeitrag, 21.11.2018, unter: <https://tinyurl.com/rf4rpnl>. 25 McLellan, Rachael: Why is once-peaceful Tanzania detaining journalists, arresting schoolgirls and killing opposition leaders?, in: Washington Post, 30.11.2018, unter: <https://tinyurl.com/wgdxzyu>. 26 Sadgrove, Joanna/Vanderbeck, Robert/Andersson, Johan/Valentine, Gill/Ward, Kevin: Morality Plays and Money Matters. Towards a Situated Understanding of the Politics of Homosexuality in Uganda, in: Journal of Modern African Studies 50, 1/2012, S. 103–129. 27 Ebd., S. 125. 28 Grzebalaska, Weronika/Kováts, Eszter/Pető, Andrea: How «Gender» Became an Umbrella Term for the Rejection of the \(Neo\)Liberal Order, in: LuXemburg. Breaking Feminism, o. J., S. 32–37, hier S. 34. 29 Fried, Barbara: «Feminism Is for Everyone». Perspectives for a Feminist Class Politics, in: LuXemburg. Breaking Feminism, o. J., S. 12–25, hier S. 16. 30 Ghosh, Subhro Prakash: SDG 5: Tanzania Battles for Gender Equality after Victory Against Child Marriage, Discourse on Development, 14.3.2020, unter: <https://tinyurl.com/yx6lsequ>. 31 Odhiambo, Agnes: Victory Against Child Marriage in Tanzania. Court of Appeal Upholds 2016 Ruling Barring Marriage Before 18, Human Rights Watch, 25.10.2019, unter: <https://tinyurl.com/qktd9b2>. 32 Siehe z. B.: Anonym: Leserbrief, Habari 3/2019, S. 69–70.](https://tinyurl.com/wea-</a></p></div><div data-bbox=)

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 10/2020 erscheint online  
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3171  
Redaktionsschluss: Mai 2020  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation